

Rede vom Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck**anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der****Deutsch-Ukrainischen Akademischen Gesellschaft****Am 7. Oktober 2026****In Berlin*****Änderungen vorbehalten.******Es gilt das gesprochene Wort.***

Zehn Jahre Deutsch-Ukrainische Akademische Gesellschaft – für eine junge wissenschaftliche Gemeinschaft ist das noch keine lange Zeit. Aber es ist lang genug, um zu sehen, ob eine Idee trägt. Ihre Idee trägt: Sie haben Begegnungen ermöglicht, Vertrauen geschaffen und aus Kontakten eine Partnerschaft gemacht.

Die Gesellschaft wurde 2016 gegründet, zwei Jahre nach der völkerrechtswidrigen Besetzung und Annexion der Krim durch Russland. Sechzehn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus zehn deutschen Städten kamen damals in Berlin zusammen. Sie wussten: Die Ukraine darf in Deutschland nicht nur als Schauplatz fremder, imperialer Ansprüche wahrgenommen werden. Sie hat eine eigene Geschichte, Sprache, politische Interessen und eine starke wissenschaftliche Tradition. Sie ist eine eigene Nation. Sie braucht eigene wissenschaftliche Institutionen mit ungehinderter Freiheit zu Forschung und Lehre.

Die Deutsch-Ukrainische Akademische Gesellschaft hat Bemerkenswertes in den letzten zehn Jahren geschaffen. Sie hat den wissenschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und der Ukraine und zwischen ukrainischen Wissenschaftlern im Land und im Exil gefördert. Sie hat mit der Vortragsreihe „Science First Hand“ der deutschen interessierten Öffentlichkeit neue Blicke auf bekannte Themen oder gänzlich neue Sichtweisen auf bisher wenig bekannte Bereiche eröffnet. Wir lernen immer noch über die große Bedeutung der Sprache für die ukrainische Identität. Die Deutsch-Ukrainische Akademische Gesellschaft führt auf sehr vielen Fachgebieten an wissenschaftliche Tiefenbohrungen heran, macht aber auch ganz politisch und aktuell die Bedrohtheit von Wissenschaft und Kultur in Zeiten des Krieges bewusst.

Das verändert auch unseren Blick – und rückt uns dieses Land noch einmal näher. Dieses Land, das nun schon viereinhalb Jahre einen existentiellen Kampf um das

nackte Überleben führt, aber dennoch – oder besser: gerade deshalb – weiter seine wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklungen vorantreibt und damit die geistigen Grundlagen seiner Existenz sichert.

Die Ukraine ist ein europäisches Land. Ihre politische Orientierung – auch die Entscheidung, sich europäischen Institutionen zuzuwenden – steht den Ukrainerinnen und Ukrainern selbst zu. Was wir verteidigen, ist daher nicht nur die Sicherheit der Ukraine, sondern das Recht jedes souveränen Staates, seine Zukunft ohne Zwang von außen zu bestimmen.

Die europäische Friedensordnung, die nach 1945 entstand und nach dem Ende des Kalten Krieges weiterentwickelt wurde, ist unvollkommen. Ihr Grundgedanke ist dennoch klar: Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verschoben werden; Staaten entscheiden selbst über ihre Bündnisse; und Sicherheit soll durch Recht, Zusammenarbeit und gemeinsame Institutionen wie EU und NATO gewährleistet werden. Europa soll gerade nicht in Einflusszonen aufgeteilt sein, in denen Großmächte ihren Nachbarn den politischen Weg vorschreiben.

Der russische Diktator stellt diese Grundsätze infrage. In seiner Rhetorik erscheint Russland nicht als Angreifer, sondern als Antwortender; aus Aggression wird Verteidigung, aus einem souveränen Nachbarn eine angebliche Bedrohung. Dahinter steht ein Anspruch, der über die Ukraine hinausweist: Moskau will bei den Entscheidungen anderer Staaten mitbestimmen. Eine solche Ordnung wäre kein gemeinsames Europa, sondern ein Europa unter dem Vorbehalt russischer Macht.

Das zeigt sich auch an der Forderung nach „Neutralität“ für die Ukraine. Neutralität, die ein Nachbar von außen diktiert, ist keine freie Entscheidung. Wenn die Ukraine weder ihre Bündnisse noch ihre politische und europäische Orientierung selbst bestimmen darf, bedeutet das nicht Neutralität, sondern Unterordnung.

Noch immer wird behauptet, die NATO-Osterweiterung habe Russland in die Enge getrieben. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 enthält kein allgemeines, rechtlich verbindliches Verbot späterer NATO-Beitritte anderer osteuropäischer Staaten. Über politische Äußerungen und ihre damalige Tragweite wird bis heute gestritten. Doch daraus folgt kein Recht Moskaus, anderen Staaten ihre Bündniswahl vorzuschreiben. Viele Länder Mittel- und Osteuropas hatten sowjetische Vorherrschaft selbst erlebt. Sie wollten über ihre Sicherheit selbst entscheiden.

Auch die Ukraine erhielt 1994 im Budapester Memorandum Zusicherungen: Russland, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich bekräftigten, die Unabhängigkeit, Souveränität und bestehenden Grenzen der Ukraine zu achten und auf Gewalt zu verzichten. Mit der Annexion der Krim und dem Großangriff auf die Ukraine hat Russland diese Zusagen endgültig gebrochen. Das Memorandum ist kein Beistandsvertrag. Doch seine politische Bedeutung ist unübersehbar: Wer Zusicherungen gibt und anschließend Grenzen mit Gewalt verschiebt, erschüttert das Vertrauen, auf dem internationale Zusammenarbeit beruht.

Deutschland trägt gegenüber der Ukraine eine besondere Verantwortung, die aus unserer Geschichte erwächst. Vor allem die Ukraine wurde zum Austragungsort der nationalsozialistischen Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungspolitik gegenüber der Sowjetunion. Deutsche Besatzer und ihre Helfer ermordeten rund 1,5 Millionen Juden bei lokalen Pogromen und systematischen Massenerschießungen wie beim Massaker in Babyn Jar (33.770 Opfer) und in Kamenez Podolsk (22.000 Opfer). Aus Rache für einen Angriff sowjetischer Partisanen brachten die deutschen Besatzer zudem fast alle Zivilisten des Ortes Korjukiwka um – mehr als 6700 Ukrainer. Nicht zuletzt wurden Millionen Menschen aus der Ukraine als „Ostarbeiter“ zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt. Bis heute sind diese schweren Verluste der Ukrainer im Westen so gut wie unbekannt; die sowjetischen Opfer werden fast automatisch als russische Opfer verstanden.

Wir schulden den Opfern und ihren Nachkommen die Auseinandersetzung mit diesem Leid. Sie ist auch für uns selbst entscheidend. Erinnerung schärft den Blick dafür, wenn Freiheit ausgehöhlt und Menschen ihre Würde abgesprochen wird. Sie verpflichtet uns, die Gegenwart nicht mit bequemen Erzählungen zu verdecken – und die Ukraine als eigenständige politische und gesellschaftliche Wirklichkeit ernst zu nehmen.

Russland führt seit 2014 Krieg gegen die Ukraine. Am 24. Februar 2022 weitete es diesen Krieg mit dem Großangriff auf das ganze Land aus. Familien wurden auseinandergerissen, Städte zerstört. Auch die Wissenschaft steht seither vor bedrängenden Fragen: Wie arbeitet man zusammen, wenn Kolleginnen und Kollegen fliehen müssen, Hochschulen und Archive bedroht sind und Studierende nicht wissen, ob sie ihr Studium fortsetzen können?

Wer die Vorgeschichte ausblendet, versteht weder die russische Eskalation noch den ukrainischen Widerstand. Und wer den Widerstand der Ukrainer nur als Folge fremder Einflüsse deutet, spricht den Menschen dort ihre eigene politische Urteilskraft ab.

Über den Umfang und die Art unserer Hilfe darf gestritten werden. Nicht aber über den Grundsatz, der dahinter steht: Kein Staat darf mit Gewalt bestimmen, welchen Weg sein Nachbar einschlägt oder welchem Bündnis er angehört. Wer die Verantwortung des Angreifers verwischt oder die Ukraine zur Preisgabe ihrer Freiheit drängt, stärkt die Logik der Einflusszonen – ob beabsichtigt oder nicht.

Wir dürfen einen Angriffskrieg nicht dadurch belohnen, dass wir uns an ihn gewöhnen oder uns gar den Intentionen des Aggressors unterwerfen. Deutschland und Europa müssen die Ukraine verlässlich unterstützen: humanitär, finanziell, militärisch und auch wissenschaftlich. Diese Hilfe soll der Ukraine ermöglichen, ihre Bevölkerung und ihre Souveränität zu verteidigen. Sie ist kein Selbstzweck und kein Wunsch nach einem endlosen Krieg. Die Ukraine ist vielmehr das stärkste Bollwerk, das die freie Welt gegen das imperiale Russland besitzt. Ein Bollwerk, das verhindert, dass Putin seine imperialen Interessen auf weitere, bereits offen beanspruchte Einflusszonen ausweitet. Schon jetzt hat Putin mit seiner hybriden Kriegsführung seinen Nachbarn im Westen den Krieg erklärt.

Wir stehen vor schwierigen Monaten: Auch nukleare Drohungen, wie sie Putin jüngst in seiner außenpolitischen Grundsatzrede auf der Waldai-Konferenz wiederholte, dürfen nicht dazu führen, dass wir in der Verteidigung unseres Bündnispartners und in dem Ausbau eigener Verteidigungsfähigkeiten nachlassen. Wir lassen uns von Putins Erzählung, die den Angreifer zum Opfer erklärt und die Angegriffenen zu den Tätern, nicht hinters Licht führen. Wer hier in Deutschland eine Anbiederung an Moskau anpreist, um wieder Öl und Gas zu erhalten, (die allerdings niemals billig waren), der ist bereit, auch *unsere* außenpolitische Souveränität und innenpolitische Freiheit zur Disposition zu stellen. Dazu darf es niemals kommen!

Eine Kriegswirtschaft misst Stärke daran, was der Staat für den Krieg mobilisieren kann. Wissenschaft folgt einem anderen Maßstab: Menschen müssen frei fragen, prüfen und widersprechen können. Werden Forschungseinrichtungen zerstört und Forschende vertrieben, trifft das nicht nur Gebäude und Arbeitsplätze. Es schwächt die Fähigkeit einer Gesellschaft, selbst Wissen hervorzubringen.

Die UNESCO hat die schweren Schäden an der ukrainischen Forschungsinfrastruktur dokumentiert. Unter Besatzung wird zudem die Kontrolle über Bildung und Sprache zu einem Eingriff in die kulturelle und politische Selbstbestimmung. Wiederaufbau darf deshalb nicht bloß Verlorenes ersetzen. Er muss ukrainischer Forschung ermöglichen, selbstbestimmt weiterzuarbeiten.

Bei den deutsch-ukrainischen Regierungskonsultationen im April 2026 wurde die wissenschaftliche Zusammenarbeit bekräftigt. Ein politisches Bekenntnis ist ein Anfang; verwirklichen muss es sich in verlässlichen Beziehungen auf Augenhöhe. Hier liegt der besondere Wert Ihrer Arbeit. Die Deutsch-Ukrainische Akademische Gesellschaft hat Stipendien, Stellen und Wege zur Fortsetzung der Forschung gebündelt, ebenso psychologische Unterstützung und Hinweise zur Sicherung von Kulturgut und Forschungsdaten. Mit der Taskforce „StandWithUkraine“, Veranstaltungen und Webinaren gab sie Orientierung, als viele Menschen ihre Wohnung und ihre Hochschule verloren hatten.

Für sie war eine verlässliche Auskunft mehr als Information: Sie konnte helfen, die eigene Arbeit fortzusetzen und wieder selbst über den nächsten Schritt zu entscheiden. Ukrainische Forschende sind dabei nicht bloß Empfänger unserer Hilfe, sondern gleichberechtigte Partner. Gemeinsame Arbeitsgruppen, Stipendien und Hochschulkooperationen können ihre Verbindung zur ukrainischen Wissenschaft erhalten und stärken. Das verlangt langen Atem: Nachwuchs fördern, gemeinsame Vorhaben fortführen und ukrainische Hochschulen beim Wiederaufbau unterstützen.

Unsere Unterstützung darf nicht mit der Nachrichtenlage schwanken oder enden, sobald sie politisch unbequem wird. Moskau prüft, ob Deutschland und Europa standhalten, und setzt darauf, dass Einschüchterung, Ermüdung und politische Uneinigkeit unsere Unterstützung für die Ukraine schwächen. Gemeinsam erinnern wir erneut daran, dass kein Staat seinem Nachbarn die Souveränität absprechen darf. Das freiheitliche Europa spricht in dieser Frage eine gemeinsame Sprache; sorgen wir dafür, dass das so bleibt. Widersprechen wir, wenn russische Aggression als Verteidigung ausgegeben oder ukrainische Selbstbestimmung bestritten wird. Und: erinnern wir unsere Zeitgenossen daran, dass die Ukraine für uns alle jeden Tag das Recht und die Menschenrechte verteidigt.

Meine Bitte an die Wissenschaft lautet: Arbeiten Sie mit ukrainischen Kolleginnen und Kollegen als gleichberechtigten Partnern. Lassen Sie sie ihre Forschungsfragen und die Zukunft ihrer Einrichtungen mitbestimmen.

Liebe Mitglieder der Deutsch-Ukrainischen Akademischen Gesellschaft,

zehn Jahre nach ihrer Gründung ist sichtbar, was Sie aufgebaut haben: eine Gemeinschaft, die Forschende zusammenführt, ukrainische Stimmen hörbar macht und Verbindung hält, wenn Krieg und Flucht Lebenswege auseinanderreißen.

Eine Partnerschaft bewährt sich nicht im Festakt, sondern in schwierigen Zeiten. Sie zeigt sich in der Einladung, im gemeinsamen Projekt und in der Bereitschaft, den Kontakt nicht abreißen zu lassen. Ihre Arbeit entwickelt aus Solidarität verlässliche Beziehungen.

Zu Ihrem zehnjährigen Bestehen gratuliere ich Ihnen von Herzen. Ich danke Ihnen für das, was Sie aufgebaut haben, und für das, was Sie weitertragen. Lassen Sie uns daran arbeiten, dass die Ukraine ihre Zukunft selbst gestalten kann – und dass die Wege zwischen unseren Menschen, unseren Wissenschaften und unseren Ländern offenbleiben.